Abend-Ausgabe

Nr. Zahlung. Nr. 95

Donnerstag, 25. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1005 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Dramatische Kanzlerrede im Reichstag

Der dritte Tag der Aussprache

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Februar. Jedesmal, wenn im Reichstage entscheidungsvolle Abstimmungen bevorstehen, gewinnt die Urlauberliste, die der Reichstagspräsident zu Beginn jeder Sitzung zu verlesen pflegt, größeres politisches Interesse. Heute soll der Reichstag bis in die Nacht hinein andauern, morgen, um ja mit den Abstimmungen fertig zu werden, schon um 10 Uhr vormittags beginnen. Als Urlauber für drei bis acht Tage werden wegen „dringender Geschäfte" heute von Herrn Löbe zwei volksparteiliche Namen verlesen: der des Abgeordneten Dr. Schneider, Dresden, und der des Geheimrats Kahl. Man erinnert sich in diesem Augenblick daran, daß die volksparteiliche Reichstagsfraktion für die morgigen Abstimmungen Fraktionszwang beschlossen hat und sich auf die Opposition gegen das Kabinett Brüning eindeutig festlegte. Die Urlaubsgesuche dieser beiden Abgeordneten müssen daher dahin verstanden werden, daß beide sich dem Fraktionsbeschluß nicht fügen wollen und die entscheidenden Stunden lieber außerhalb des Reichstages zu verleben wünschen.

Nachdem gestern und vorgestern im Reichstage die Kämpen mit bitterem und fanatischem Ernst aufeinander losgegangen sind, beschert heute zu Beginn der Aussprache der Prälat Leicht von der Bayrischen Volkspartei dem Plenum ein heiteres Zwischenspiel. Leicht ist der Witzigste im Kreise der Volksboten. Die Behäbigkeit seiner ganzen Gestalt, der freundliche bayrische Dialekt, die pfiffigen Aeuglein, das wohlgenährte Prälatengesicht, all das trägt dazu bei, daß er stets als Redner eine Atmosphäre von Gemütlichkeit und Wohlwollen um sich verbreitet. Aber bei all dem ist Leicht auch ein gewiegter Taktiker und ein listiger Propagandist. Er sieht es als seine Hauptaufgabe an, zu versuchen, Deutschnationale und Nationalsozialisten mit liebenswürdigen Wendungen gegeneinander auszuspielen, ja, er hält sich sogar für berechtigt, die Deutschnationalen, die ihm sympathische Kollegen seien, vor den dreimal bösen Nazis zu warnen. Dieses Spiel wird ungeachtet gewisser Spannungen, die jetzt aus Anlaß der Reichspräsidentenwahl fraglos entstanden sind, nicht gelingen. Die Harzburger Front ist keine Gemeinschaft für die Wahl des Reichspräsidenten, sondern eine Gemeinschaft zum Sturze des Kabinetts Brüning und da wird alles freundliche oder unfreundliche Zureden nichts nützen. Die Zeiten, wo man die Opposition der Rechten mit parlamentarischen Kniffen auseinanderspielen konnte, sind längst vorüber.

Inzwischen war im Hause bekannt geworden, daß als nächster Redner der Kanzler sprechen würde. Brüning hat heute, was ihm auch der politische Gegner ruhig zugestehen kann, parlamentarisch gesehen, einen ganz großen Tag gehabt. Wie er auf die Rechtsopposition losschlug und doch gleichzeitig um die Seele der Menschen, die im Hause als Vertreter des radikalen Nationalismus' sitzen, rang, war menschlich außerordentlich eindrucksvoll. Das kam im ersten Teil der Rede nicht so ganz klar zum Ausdruck, denn in diesem Teil bemächtigte sich seiner vielfach eine an Schroffheit grenzende Erbitterung, und der Kanzler zeigte dabei, daß er sehr wohl sehr spitz und boshaft werden kann. Aber schließlich ist so ein politischer Kampf, wie er sich in diesen Tagen vor der Tribüne des Reichstages und damit vor der Arena des Volkes abspielt, ja keine Angelegenheit, die nach dem Gesetz der Gemütlichkeit gemessen werden kann.

Am eindrucksvollsten war zweifellos der Augenblick, wo die Nationalsozialisten Brüning für den 9. November durch Zuruf verantwortlich machen wollten. Da stand der Kanzler, der in den nächsten Stunden, wenn die Sozialdemokraten ihm nicht helfen, gestürzt werden könnte, auf und erklärte, daß er es auf das schärfste zurückweisen müsse, mit dem 9. November in irgendeine Verbindung gebracht zu werden. **Er selbst habe am 9. November an der Spitze von Truppenkörpern gestanden, die zu dem Zweck gebildet worden waren, die Revolution niederzuschlagen.** Eisiges Schweigen im Saale daraufhin. Es schien, als ob Brünings Bundesgenossen, die Sozialdemokraten, die Verherrlicher der Revolution, in einen Abgrund gesunken wären. Im gleichen Augenblick merkte auch der Kanzler, wie gefährlich das Wort war, das ihm eben sicherlich aus ehrlichster Ueberzeugung entschlüpft war, und schon war er wieder der gewandte Taktiker, der es versteht, meisterhaft die Klaviatur des parlamentarischen Systems zu spielen. Er wußte, daß er nun sofort die Wunde würde heilen müssen, die er soeben der SPD. schlug, und tat dies mit einem bissigen Ausfall gegen die Nationalsozialisten.

Könnte man das Schauspiel, das heute der Reichstag bot, als unbeteiligter Zuschauer wie in einem Theater vorüberziehen lassen, dann hätten sicherlich nicht wenige auch auf der Rechten der geradezu künstlerischen Leistung des Reichskanzlers applaudiert. Aber es ist ja kein Schauspiel, was über die Bühne geht, sondern bitterster blutigster Ernst. **Die Fronten, wie sie aufgerichtet sind, lassen sich mit Worten nicht mehr überspringen, und auch das menschlich unerhört eindrucksvolle persönliche Bekenntnis Dr. Brünings zu Hindenburg vermag, wie die Dinge nun einmal liegen, nicht mehr zum Brückenschlag zu werden.** Das ist die zweifellos deprimierende Quintessenz der bewegten Donnerstagmittagsstunden im Reichstag. Aus dem Bewegungskrieg an den Fronten der Innenpolitik ist ein verbissener Stellungskrieg geworden, wobei beide Parteien drauf und dran sind, die entscheidende Durchbruchsschlacht zu beginnen. Ehe diese nicht geschlagen ist, gibt es keine Lösung des Konflikts, der zweifellos alle Merkmale des Tragischen an sich hat.

Brüning in Angriff und Verteidigung

Berlin, 25. Febr. Reichstagspräsident Löbe bittet bei Eröffnung der Sitzung die Abgeordneten, sich darauf einzurichten, daß heute die Sitzung länger dauern und morgen die Beratung früher beginnen wird, weil die Abstimmungen unter allen Umständen am Freitagabend erledigt sein sollen. Der Präsident teilte weiter mit, daß die volksparteilichen Abgg. Dr. Schneider und Geheimrat Kahl einen drei- bzw. siebentägigen Urlaub nachgesucht haben.

In der Fortsetzung der Aussprache über die Reichspräsidentenwahl spricht

Abg. Leicht (Bayr. Vp.).

Er meint, der nationalsozialistische Abgeordnete Rosenberg habe mit seiner Prophezeiung der Hitlerpräsidentschaft sich auf ein sehr gefährliches Gebiet begeben. Diese Prophezeiung wird nicht eintreffen, denn das deutsche Volk hat nur einen Mann, wie Hindenburg, der nicht nur getrommelt, sondern auch gearbeitet und geopfert hat für das deutsche Volk.

Abg. Leicht schloß: Wir geben die Parole aus: Für Hindenburg und seinen Sieg am 13. März. (Beifall.) Darauf nimmt unter allgemeiner Spannung

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort. Von den Kommunisten kommen Rufe: „Hungerkanzler!" Der Präsident ruft deswegen den Abg. Ulbricht (Komm.) zur Ordnung.

Der Reichskanzler geht zunächst auf die Außenpolitik ein und führt dazu aus: Die Lage ist außenpolitisch so gespannt, wie selten vorher. Die Situation ändert sich von Tag zu Tag. Von Tag zu Tag können Ereignisse eintreten, die neue Maßnahmen jeder einzelnen Regierung erforderlich machen können. Wir leben in einer Zeit mit gleicher Nervenanspannung wie im Kriege. Es ist tatsächlich schon ein blinder Krieg in wirtschaftlicher Beziehung in der ganzen Welt entbrannt. In einer solchen Zeit kommt alles darauf an, mit Kaltblütigkeit und ohne Rücksicht auf innerpolitische Agitation die Sache des Landes zu betrachten, zu formulieren und zu verteidigen. Wenn man Kritik übte an meinem Auftreten in Genf, so will ich, ohne näher auf die Einzelheiten einzugehen, vor allem ein ganz klares Wort grundsätzlich aussprechen:

Ich werde mich nie dazu verleiten lassen, eine Prestigepolitik zu machen mit Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse im Innern, wodurch die Lebensinteressen des deutschen Volkes auf lange Sicht gefährdet werden könnten.

Diese Stellungnahme wird in der Welt auch verstanden. (Lärm rechts und Rufe: Siehe Litauen!) Es würde aber eine ganz andere Kraft hinter dieser Politik stehen, wenn das deutsche Volk sich entschließen könnte, in entscheidenden Punkten der Außenpolitik auf innerpolitische Auseinandersetzungen zu verzichten. (Lebh. Kundgebungen in der Mitte, Lärm b. d. Natsoz.) Sie (zu den Natsoz.) haben gestern eine ziemlich oberflächliche Kritik an der Außenpolitik geübt. (Sehr wahr!) Sie hätten besser daran getan, vorgestern und gestern dieses Schauspiel nicht der Welt zu geben. (Zustimmung.) Im Vordergrunde des Interesses steht jetzt vor allem auch die ostasiatische Frage. (Widerspruch rechts und Rufe: Das Memelland!) Wie Sie (zu den Natsoz.) gestern selber hervorgehoben haben, ist dies tatsächlich der Fall, zumal auch aus ihrer Lösung und Behandlung Folgerungen gezogen werden auf andere Fragen, die uns regional und menschlich näherliegen. (Beifall.)

Die Reichsregierung verfolgt mit steigender Besorgnis die Vorgänge in Ostasien, die den Frieden zwischen China und Japan erschüttert haben und zu weiteren Komplikationen führen können.

(Lärmende Zurufe b. d. Komm.). Die freundschaftlichen Beziehungen, die Deutschland zu jenen beiden Staaten unterhält, das Interesse des deutschen Landes an der Aufrechterhaltung friedlicher Zustände im Fernen Osten und nicht zuletzt unsere Zugehörigkeit zum Völkerbund, und unsere Stellung als ständiges Ratsmitglied machen es der Reichsregierung zur Pflicht, sich mit ganzer Kraft für eine friedliche Beilegung des Konfliktes einzusetzen. (Beifall.) Die Reichsregierung hat sich daher an allen darauf abzielenden internationalen Bemühungen beteiligt. Sie hat insbesondere an der Entsendung einer Untersuchungskommission des Völkerbundes mitgewirkt (Lachen b. d. Nat.), und sich den Vorschlägen der britischen und amerikanischen Regierung zu einer Beilegung des Konfliktes angeschlossen. Die deutsche Regierung hat dabei stets zu berücksichtigen, daß die Lage Deutschlands in China von der der übrigen Mächte sich rechtlich dadurch unterscheidet, daß Deutschland auf die Exterritorialität in China verzichtet hat. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß es den Bemühungen des Völkerbundes und der großen Nationen gelingen wird, den Feindseligkeiten Einhalt zu gebieten und bald den Weg zu einer friedlichen Lösung zu finden. (Lachen und Lärm b. d. Natsoz. und Kom.) **Die bedrohliche Lage in Schanghai hat der Reichsregierung Veranlassung gegeben, Maßnahmen für eine etwa notwendig werdende Wegschaffung der dort ansässigen Reichsdeutschen, insbesondere der Frauen und Kinder, zu treffen.**

In der Memelfrage

sind hier scharfe und unberechtigte Kritiken an dem deutschen Gesandten in Kowno geübt worden. Der Gesandte Morath, der fünf Jahre lang auf dem schwierigsten Posten in Kowno unter wenig erfreulichen Umständen unermüdlich die deutschen Interessen wahrgenommen hat, verdient nicht diese Kritik. Auf alle Fälle sollte im gegenwärtigen Moment, wo der Gesandte an exponierter Stelle die Interessen des Deutschen Reiches zu vertreten hat, er, um wirken zu können, solchen Angriffen nicht ausgesetzt sein. (Beifall i. d. Mitte, Lärm b. d. Nat. und Rufe: „Wann treten Sie ab?") **Ich muß es auch ablehnen, auf Angriffe der litauischen Regierung, die ich für unverantwortlich und vertragswidrig halte, mit vorzeitigen Repressivmaßnahmen zu reagieren.** (Lebh. Zuruf b. d. Nat.) **Ich habe ausdrücklich betont, mit vorzeitigen Repressivmaßnahmen.** Im Memelgebiet kämpft eine tapfere, seit 700 Jahren deutsche Bevölkerung um die Wahrung ihrer autonomen Rechte und Erhaltung ihrer Kultur und Tradition. Die deutsche Regierung hat den ihr als Ratsstaat vom Statut gewiesenen Weg beschritten. **Es wird sich jetzt zeigen, ob die litauische Regierung normale Zustände im Memelgebiet herstellen wird, ob sie sich an ihre internationalen Verpflichtungen halten wird.**

Ich werde nicht zögern, Repressivmaßnahmen gegen Litauen zu ergreifen, wenn die Umstände es im richtigen Augenblick erforderlich machen.

Gegenüber dem deutschnationalen Abg. v. Freytagh-Loringhoven bemerkt der Reichskanzler, die Reichsregierung habe die Verhandlungen über den russisch-polnischen Pakt mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Er fährt fort: Ich kann der vom Abg. v. Freytagh-Loringhoven erwähnten Befürchtung nicht zustimmen. Falls Polen einen dritten Staat angreift, besitzt Rußland nämlich gemäß Artikel 2 des Vertrages Handlungsfreiheit; es besteht deshalb kein Anlaß, im deutsch-russischen Verhältnis eine Aenderung eintreten zu lassen.

Ueber die

Möglichkeiten der Genfer Abrüstungskonferenz

heute schon zu urteilen, scheint mir verfrüht. Die Ansicht des Abg. v. Freytagh über das bisherige Ergebnis in Genf wird aber in weiten Kreisen nicht geteilt, besonders nicht im Ausland. Herr v. Freytagh hat anscheinend entweder meine Rede nicht gelesen oder kein Verständnis für Formulierungen, die eine deutliche und klare kritische Stellungnahme gegenüber den Vorschlägen bedeuteten. (Lärm rechts.) Die in- und ausländische Presse jedenfalls mit ganz wenigen Ausnahmen hat den Sinn meiner Genfer Abrüstungsrede einwandfrei verstanden. (Beif. b. d. Mehrheit, Lärm rechts.) **Der Konventionsentwurf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz wurde auch gestern nicht als Diskussionsgrundlage genommen, sondern nur als Rahmen.** Gegenüber dem Abg. Rosenberg (Nat.) und seiner gestrigen außenpolitischen Kritik erklärt der Kanzler, er finde es eigentümlich, daß Mitglieder des Reichstags, die sich im Inland an Kritik nicht genug tun könnten, gegenüber ausländischen Pressevertretern eine ganz entgegengesetzte Haltung einnähmen. (Lebh. Hört, Hört!) Der Führer einer Oppositionspartei fährt der Kanzler fort, hat einer amerikanischen Zeitung gegenüber erklärt, daß er den Ton meiner Rede in Genf zwar im allgemeinen nicht teilen könne, daß er aber den darin geäußerten Standpunkt, besonders auch im Hinblick auf die Abrüstung, als eine angenehme Ueberraschung empfinde. (Stürm. Hört, Hört! — Lärm und Rufe rechts: Namen nennen!) Der Kanzler nennt den Namen des Ritters v. Epp, worauf b. d. Nat. neue lärmende Unterbrechungen eintreten, die mit Zurufen auch von der Regierungsbank beantwortet werden.

Als Präsident Löbe die Nationalsozialisten ermahnt, doch nicht dauernd zu provozieren, kommen von den Nationalsozialisten Rufe: Der Verkehrsminister provoziert!

Das für die deutsche Zukunft und die deutsche Wirtschaft bedeutsamste Problem, so fährt der Kanzler fort, ist

die Reparationsfrage.

Herr von Freytagh hat gestern eine Methode angewandt, die sich zwar für vertrauliche Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß eignet, nicht aber für das Plenum, weil hier die Reichsregierung mit Rücksicht auf seine alte diplomatische Tradition und Vertraulichkeit der Verhandlungen nicht antworten kann. (Hört, hört! und Lärm rechts.) Herr von Freytagh hat eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die nicht nur die Tatsachen auf den Kopf stellen, sondern mich sehr zweifeln lassen an der Stabilität seines Gedächtnisses. (Heiterkeit.) Er hat sich an Gerüchte gehalten, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. Er sowohl wie der Abg. Rosenberg haben so getan, als ob in der ganzen Reparationsfrage es keinen Besuch in Chequers und anschließende Aktionen gegeben habe. (Zurufe bei den Nationalsozialisten.)

Kein politischer Schritt ist in den kritischen Tagen unternommen worden, ohne in engster Fühlung mit der amerikanischen Regierung zu stehen.

Damit ist die Behauptung widerlegt, als ob wir durch Schritte unsererseits die Initiative Hoovers auch nur im geringsten geschädigt oder gestört hätten. Mit dem französischen Ministerpräsidenten habe ich alle schwebenden Fragen besprochen, wenn auch das Abrüstungsproblem bei diesem kurzen Besuch nicht wesentlich vertieft worden ist. Jedermann weiß aber, daß der Zweck meiner Pariser Reise der Vorbereitung der Londoner Konferenz diente.

SLUB
Wir führen Wissen.